



Oberbürgermeister

Klaus Wehling

Rede zur Einbringung des Haushaltes 2008

19. November 2007

(es gilt das gesprochene Wort!)

Verehrte Stadtverordnete,
meine Damen und Herren.

„Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.“ Dieses Zitat stammt von Norbert Blüm und beschreibt ziemlich genau was tatsächlich passiert.

Aktuell ist es so, dass der Oberhausener Haushalt 2008 unter anderen, unter neuen Vorzeichen steht. Diese Vorzeichen sind dramatisch, sie sind weit reichend.

Die erste dieser Veränderungen ist die Umstellung von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Finanzmanagement, aber da möchte ich dem Kämmerer nicht vorgreifen.

Vieles von dem, was den Haushalt 2008 direkt betrifft, hat seine Gründe, hat seine Wurzeln in der Vergangenheit. Noch heute tragen wir an den Altlasten von Kohle und Stahl. Auch unsere Nachbarn hatten damit zu kämpfen.

Bei uns in Oberhausen war und ist es aber besonders ausgeprägt. Bei uns stand die Wiege der Schwerindustrie, uns hat ihr Niedergang besonders hart getroffen. Die sich daraus ergebende hohe Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, beschäftigen uns noch heute.

Das ist keine Entschuldigung oder gar Selbstbetrug, es ist und bleibt eine Tatsache.

In erster Linie geht es um die Menschen, die Oberhausenerinnen und Oberhausener, die keine Arbeit haben. Beim Thema Arbeitsplätze dürfen wir nicht sparen. Das ist eine der zentralen Aufgaben des Bündnisses für Familie. Das mag auf den ersten Blick nicht so erscheinen.

Dennoch:

Auskömmliches Einkommen ist die wirtschaftliche Grundlage, ist eine wesentliche Voraussetzung für familiäre und gesellschaftliche Zukunft. Das muss unsere einvernehmliche Oberhausener Antwort sein, auf die unausweichlichen Herausforderungen der Zukunft:

Demografischer Wandel, Integration, Chancengerechtigkeit, Bildung, solidarische Stadtgesellschaft.

Da dürfen wir nicht sparen.

Da dürfen wir in unserem Bemühen nicht nachlassen.

Das steht stets an erster Stelle, meine Damen und Herren.

In zweiter Linie geht es um die Haushaltslasten, die daraus erwachsen. Ein Beispiel mag belegen, wo die Probleme stecken:

Das Gewerbesteueraufkommen in München z.B. beträgt 1,8 Milliarden Euro. Mathematisch sauber herunter gerechnet, müssten für Oberhausen etwa 300 Millionen

Euro Gewerbesteuer dem Kämmerer zufließen. Tatsächlich sind es aber nur 80 bis 85 Millionen.

Die Gewerbesteuer ist durch die gute Konjunktur und durch die erfolgreichen Neuansiedlungen von Unternehmen in Oberhausen gestiegen, keine Frage, aber sie ist immer noch nicht so, dass sie reichen würde, einen ausgeglichenen Haushalt zu fahren.

Die Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist und bleibt ungerecht, weil sie einseitig zu Lasten der Städte geht. Es muss zu einer Neuverteilung zu Gunsten der Kommunen kommen.

Eine Gemeindefinanzreform ist dringend erforderlich und ein Umdenken bei Bund und Land, meine Damen und Herren.

Während wir intensiv am Bündnis für Familie bauen, und mühsam Stein auf Stein schichten am Haus der solidarischen Stadtgesellschaft, rütteln Berlin und Düsseldorf an den Fundamenten.

Auch Städte im Nothaushaltsrecht bleiben aufgrund politischer Fehlentscheidungen auf immer mehr Kosten sitzen. Auf Teilen der Kindergartenfinanzierung, bei den Schulspeisungen, bei den Unterbringungskosten der Hartz IV Empfänger, beim Zuschuss für die Lehrbücher, bei der Verlagerung der Umwelt- und Versorgungsämter.

Eine weitere falsche politische Entscheidung zu Lasten des Ruhrgebietes war die Abschaffung des demokratisch legitimierten RVR-Vorstandes.

Zurück nach Oberhausen:

Es hilft auch nicht wirklich weiter, dass wir seit 1986 intensive Haushaltskonsolidierung betreiben. Wir haben kontinuierlichen Personalabbau betrieben im Konzern Stadt. Wir haben die Verwaltung modernisiert, wir haben Public-Private-Partnership-Projekte erfolgreich initiiert. Wir haben trotz allem auch immer in die Zukunft unserer Stadt investiert, haben immer hart am Strukturwandel gearbeitet: mit sichtbarem Erfolg!

Dazu nenne ich einige Stichworte:

die OLGA, den Gasometer, das TZU, verschiedene Gewerbeparks, und die neue Mitte.

Oberhausen steht in der Tradition der Parkstädte: Der Qualm der Schwerindustrie ist längst verraucht, aber das Grün ist geblieben und hat sich kraftvoll weiterentwickelt.

Die Volksparks und Volksgärten in Osterfeld und Sterkrade und die grünen Inseln in Alt-Oberhausen standen Pate für die Parklandschaft neue Mitte:

OLGA-Park, Uferbegrünung am Kanal, Gehölzgarten Ripshorst, Centro Park, Gasometerwald mit Klettergarten, der Kaisergarten und die Emscherinsel.

In dieser modernen Parklandschaft haben wir erfolgreich Arbeitsplätze und Attraktionen geschaffen, die Oberhausen als Beispiel für erfolgreichen Strukturwandel weit über das Ruhrgebiet hinaus bekannt gemacht haben.

Unser Erfolg im Strukturwandel ist ein Beweis dafür, dass mit Verstand und Augenmaß gespart und investiert worden ist. Er zeigt, dass wir sparen wollen und sparen können. Dabei ist es unser oberstes Prinzip: sparen muss verantwortungsbewusst und sozial gerecht sein.

Gleichzeitig muss aber auch weiterhin im Interesse der Oberhausener Zukunft investiert werden. Wenn wir das nicht tun, werden wir nicht mehr gestalten, sondern nur noch verwalten, werden nicht mehr agieren, sondern nur noch reagieren.

Dass es uns so schlecht geht, wie es uns geht, hat unter anderem damit zu tun, dass der Bund und das Land schon vor Jahren und seit Jahren an unserem Gürtel gefummelt haben, um im Bild von Norbert Blüm zu bleiben. Das ist wie bei mittelalterlichen Korsetts: sie machten den feinen Damen eine gute Figur, schnürten aber alle Organe ab.

Seit Jahren verwalten wir in Oberhausen einen Mangel. Seit Jahren bringen wir unter den gegebenen Bedingungen seriöse Haushalte ein.

Ja, ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: unser Kämmerer, Bernhard Elsemann, ist mehr als einmal für seine gute und seriöse Haushaltsaufstellung und Haushaltsführung gelobt worden.

Wir müssen gemeinsam - Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft - alles tun, damit gemeinsam Lösungen gefunden werden.

Wie paradox manche Dinge sich entwickeln zeigt das folgende Beispiel: wir in Oberhausen haben es geschafft, die Arbeitslosigkeit schneller und erfolgreicher abzubauen als andere Ruhrgebietsstädte.

Das ist ein tolles Ergebnis, so sollte man meinen. Ein Ergebnis, das eigentlich belohnt werden müsste. Das Gegenteil ist der Fall.

Weil wir erfolgreich waren, deshalb fallen die Ziel II Gelder für konkrete Arbeitsplatzansiedlungen aus Brüssel und Düsseldorf weg. Das ist ungleicher Wettbewerb und keine gerechte Ziel II Förderung!

Wir können unsere Einnahmeseite nur mit einer gut aufgestellten und engagiert arbeitenden Wirtschaftsförderung verbessern.

Hier sind natürlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WFO in der Pflicht, aber jeder Stadtverordnete, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns Stadt, können dazu beitragen.

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist mehr als Symbolik, ist mehr als die heute in der WAZ beschriebene Strahlkraft fürs Lichtmeer, ist mehr als Grundsteinlegungen und sich drehende Kräne. Erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist das Ergebnis vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Stadt. Das funktioniert nie gegeneinander. Daran habe ich mich stets gehalten, und das wird auch so bleiben, meine Damen und Herren.

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung sind auch die vermeintlich weichen Standortfaktoren:
wie ist das Bildungsangebot,
wie gut ist die Kinderbetreuung,
was tut die Stadt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
wie gut ist das Wohnungsangebot
wie gut ist die Verkehrsinfrastruktur,
wie gut ist die Erreichbarkeit innerhalb der Stadt
wie breit gefächert ist die Kulturlandschaft,
wie sind die Sport- und Freizeitmöglichkeiten,
all das sind Eckpunkte auch für ein erfolgreiches Bündnis für Familie.

Letztlich geht es um die Frage:
wie hoch ist der Wohlfühlfaktor in Oberhausen?

Der ist sehr hoch, wie wir aus regelmäßigen Befragungen wissen. Dazu trägt auch das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung bei. Da sind wir durch konsequente und effiziente Maßnahmen in den letzten Monaten ein großes Stück vorangekommen. Hier gilt mein besonderer Dank der Polizei und dem kommunalen Ordnungsdienst.

Auch das ist ein wichtiger Teil von Wirtschaftsförderung: das Positive zu sehen, Chancen zu erkennen und Chancen zu nutzen.

Was für Medien gilt: „Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten“ ist für die Wirtschaft, ist für die Wirtschaftsförderung vor Ort, ist für den Standort Oberhausen wenig hilfreich.

Es gibt eine weitere Veränderung für den kommenden Haushalt: Die Beratungsgesellschaft BPG und die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) haben den Konzern Stadt geprüft. Die vollständigen Daten liegen noch nicht vor, aber eines ist jetzt schon klar: es wird massive Einschnitte geben.

Einschnitte, die auch auf die Bürgerinnen und Bürger durchschlagen werden.

Dabei geht es um eine doppelte Balance. Einmal um die der berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger an einem adäquaten Leistungsangebot, zum anderen an Schuldenabbau und sparsamer Haushaltsführung.

Als Stadtoberhaupt Sorge ich mich auch um Gerechtigkeit gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch hier werden wir versuchen, mit intelligenten Lösungen zu zufrieden stellenden Ergebnissen zu kommen.

Wie man das erfolgreich macht, haben wir mit unserem Bäderkonzept gezeigt.

Ja, es müssen Bäder zugemacht werden, weil sie veraltet sind. Es macht einfach keinen Sinn in die Erhaltung maroder Substanz zu investieren.

Aber wir schließen nicht nur, sondern mit dem Bad in Alt-Oberhausen und mit dem Familienbad an der Marina entstehen zwei neue, hochmoderne Sport- und Freizeiteinrichtungen.

Es wird in Zukunft so sein, dass nicht mehr jede Leistung für jeden gleich um die Ecke erreichbar sein wird. Den Leistungskatalog aber wollen wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger mit Augenmaß anpassen.

Unsere Aufgabe als Rat ist, die Oberhausenerinnen und Oberhausener dabei mitzunehmen.

Es geht auch darum, die Stadtbezirke Sterkrade, Osterfeld und Alt-Oberhausen mit ihren jeweils besonderen An- und Herausforderungen entsprechend im Auge zu behalten. Vorbeugender Sozialstaat beginnt in den Stadtteilen. So gibt es z. B. einen Trend bei älteren Menschen von der Peripherie wieder zurück in die Innenstädte zu ziehen. Das stellt Anforderungen an Wohnungen und Infrastruktur, das ist aber zugleich eine Chance zur Revitalisierung der Innenstädte.

Mit dem Sterkrader Tor ist auch dort eine wichtige Stadtteilweiche auf „grün“ gestellt worden. In Osterfeld unterstützen wir die Aktivitäten, den Dom wieder mit Kaufkraft und Leben zu füllen. Das wird schwer, aber wir werden nicht aufgeben. Da stehen wir in bester Malochertradition.

Im Interesse der Menschen wollen wir auch unter den geänderten und vielleicht noch engeren Rahmenbedingungen sicherstellen:
dass Oberhausen handlungsfähig bleibt,
dass Oberhausen weiter Gestaltungsmöglichkeiten behält,
dass Oberhausen Zukunft hat.

Wir wollen auch nicht sparen in den zukunftsweisenden und zukunftsichernden Bereichen:

Arbeit, Bildung, Chancengerechtigkeit, dem A, B, C, des Bündnisses für Familie.

In diesen drei Komplexen wird sich der Erfolg für die Zukunft unserer solidarischen Stadtgesellschaft entscheiden. Hier aktiv zu sein heißt: Bekämpfen von Kinderarmut, von Bildungsarmut, von Arbeits- und Altersarmut.

Wie jeder Haushalt, meine Damen und Herren, so ist auch die Haushaltseinbringung 2008 ein Status, eine Momentaufnahme, eine Herausforderung für das kommende Jahr.

Es wird sich was ändern, es muss sich was ändern, aber wir sollten die Herausforderungen als Chancen sehen und entsprechend handeln.

Ein Ziel aber sollte uns über alle Parteigrenzen hinweg im Sinne der Oberhausenerinnen, Oberhausener und im Sinne unserer Stadt einen:

Sparen: ja – Kaputtsparen: nein!

Glück auf!